



Suchergebnisse: Diktator

22. Juni 1832 – Diktatorische Vollmachten um die Unruhen im Rheinkreis zu „befrieden“

München - Hambach - Gaibach - Speyer * Auf ausdrücklichen Befehl des Königs Ludwig I. wird jetzt gegen die Aktivisten von Hambach und Gaibach mit harten Strafen vorgegangen. Feldmarschall Carl Philipp Joseph Fürst von Wrede wird vom Bayernkönig mit nahezu diktatorischen Vollmachten ausgestattet, um die Unruhen im Rheinkreis zu „befrieden“ und um gleichzeitig die Verwaltungsmissstände zu untersuchen. Der Regierungspräsident des Rheinkreises, Ferdinand Freyherr von Adrian-Werburg, wird abberufen und durch den früheren Generalkommissär von Carl Albert Leopold Freiherr von Stengel ersetzt. Die bayerischen Truppenkontingente treffen in der Pfalz ein.

28. Oktober 1918 – General Max von Gallwitz soll Diktator werden

Potsdam * Prinz August Wilhelm bittet seinen Vater, Kaiser Wilhelm II., den General Max von Gallwitz „zum Diktator zu machen“.

18. November 1918 – Ebert wird über die geplante Gegenrevolution informiert

Berlin * Ministerialdirektor Walter Simons informiert Reichskanzler Friedrich Ebert über die Planungen der Obersten Heeresleitung - OHL zur Gegenrevolution. Sie will fünfzehn gut disziplinierte Divisionen in Berlin einmarschieren lassen, die Arbeiter- und Soldatenräte auflösen, Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten mit diktatorischer Gewalt proklamieren, den Reichstag sofort einberufen und eine provisorische Reichsverfassung schaffen. Ebert reagiert zurückhaltend, was von der OHL gedeutet wird, dass er bei einem Erfolg der Aktion mitmachen, aber nicht die Initiative ergreifen würde.

10. Dezember 1918 – Antisemitismus im Buchloer Anzeigenblatt

Buchloe - München * Im Buchloer Anzeigenblatt erscheint ein antisemitischer Artikel. Dem Redakteur Célestin Rabis schwebt sogar eine Endlösung vor. „Der Jude Eisner spielt Diktator und beschwindelt das Volk wie vordem unsere Diplomaten. [...] Politik ist und bleibt ein Geschäft, und Jude bleibt Jude. [...] Die Judenfrage ist ein Problem für sich, welches das deutsche Volk



endlich einmal mit gerechter Strenge zu lösen hat, aufgefasst als Rassenfrage und nicht als Religionsproblem.“

28. April 1919 – Die Betriebs- und Soldatenräte wählen einen neuen Aktionsausschuss

München-Graggenau * Im Hofbräuhaus treffen sich die Betriebs- und Soldatenräte zur endgültigen Neuwahl des Aktionsausschusses. Lediglich gewählte Betriebsräte sind zugelassen. Der als Mitglied der Pressekommission anwesende Gustav Landauer muss den Saal verlassen.

Ernst Toller erklärt, dass sich der gestrige Beschluss der Betriebsräte nicht gegen die KPD allgemein richtet, sondern gegen Einzelpersonen, die zufällig der KPD angehören. Gustav Klingelhöfer betont in seinem Redebeitrag, dass er sich nur gegen die diktatorischen Maßnahmen einzelner Führer wendet und nicht gegen die KPD insgesamt. Anschließend wird ein zwanzigköpfiger Aktionsausschuss gewählt, der aus 15 Betriebsräten und fünf Soldatenräten besteht. Unter ihnen ist kein Kommunist. Ernst Toller, Gustav Klingelhöfer und Rudolf Egelhofer kandidieren nicht für dieses Gremium.

26. September 1923 – Generalstaatskommissar von Kahr verhängt den Ausnahmezustand

München * Der gerade zum Generalstaatskommissar mit diktatorischen Vollmachten ernannte Gustav Ritter von Kahr verhängt den Ausnahmezustand in Bayern. Damit unterstellt er die in Bayern stationierten Einheiten der Reichswehr seinem Kommando. Gleichzeitig verbietet er das Erscheinen der sozialdemokratischen Zeitung Münchener Post.

26. September 1923 – Gustav Ritter von Kahr wird zum Generalstaatskommissar ernannt

München * Die bayerische Regierung ernennt Gustav Ritter von Kahr - aus Protest gegen den Abbruch des Ruhrkampfes durch die Reichsregierung - zum Generalstaatskommissar, auf den die gesamte exekutive [= vollziehende] Gewalt übergeht. Er hat damit diktatorische Vollmachten.

Gustav von Kahr, Otto von Lossow, der Befehlshaber des Wehrkreises VII, und der Chef der Landespolizei, Hans Ritter von Seisser, regieren den Freistaat Bayern als Triumvirat und bereiten zusammen mit Rechtsradikalen in Norddeutschland den Staatsstreich in München und Berlin vor.



9. Mai 1945 – Stalin erzwingt zweite Kapitulationszeremonie

Berlin-Karlshorst * Der sowjetische Diktator Josef Stalin ist mit der Zeremonie in Reims unzufrieden und besteht auf einer offiziellen Ratifizierung unter Beteiligung seines Landes, das die Hauptlast des Krieges getragen hatte. Deshalb wird die Kapitulation in Berlin-Karlshorst, in der sowjetischen Besatzungszone nochmals feierlich bestätigt. Anwesend sind Vertreter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion sowie die Wehrmachtführung. Wegen dieser Symbolik gilt in der UdSSR wie nun in Russland der 9. Mai als eigentlicher Tag des Sieges und wird meist mit einer großen Militärparade in Moskau begangen.
